Abonnementspreis
[illegible]

Redaktion
Zwingerstraße 22, II.
Sprechstunde
[illegible] von 12 bis 1 Uhr.
[illegible]: Amt I, Nr. 1700.

Telegramm-Adresse:
„Arbeiterzeitung Dresden."

Sächsische Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Inserate
werden die 6 gespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet und bei wöchentlich zweimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 15 Pf. Inserate müssen bis spätestens Nach 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen.

Expedition:
Zwingerstraße 22, part.
Geschäftsstelle von morgens 8 bis abends 7 Uhr.
Telephon: Amt I, Nr. 1700.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Nr. 193. | Dresden, Sonnabend den 20. August 1904. | 15. Jahrg.

Die Sozialdemokratie im Reichstage.

I.

Gleichzeitig mit dem Bericht des Parteivorstandes ist diesmal auch der Bericht der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion an den Bremer Parteitag versandt worden. Dieser Rechenschaftsbericht unserer parlamentarischen Vertretung ist eine instruktive, reiche Materialiensammlung für den Politiker und Agitator. In knapper Zusammenfassung wird der Gang der deutschen Politik vom Winter 1903 bis zum Sommer 1904 geschildert, soweit er die Volksvertretung zur Erscheinung kam, so daß der Bericht eine wertvolle Ergänzung des Handbuchs für sozialdemokratische Politik bildet.

Eine Einleitung: „Die Situation" überschrieben, gibt eine kurze Charakteristik der letzten Reichstagssession. Sie wurde beherrscht — von der Nachwirkung zweier vorhergegangener politischer Ereignisse, von der Annahme des neuen Zolltarifs und dem Dreimillionensieg der Sozialdemokratie am 16. Juni 1903. Die Regierung hatte mehreremale die Vorstöße der extremen Agrarier abzuweisen, die die Kündigung der Handelsverträge anzubahnen versuchten, eine Maßregel, die die Regierung trotz ihrer Sympathien mit den Agrariern nicht anzuwenden wagte, weil sie sich doch nicht der Einsicht verschließen konnte, daß eine Herausbeschwörung von Zollkriegen nicht nur der deutschen Industrie — denn darüber hätte sie sich wohl hinweggesetzt — sondern auch den Industriekapitalisten durch Lahmlegung der Exportindustrie den schwersten Schaden zufügen würde. Waren aber der neue Zolltarif ein sehr wenig passendes Instrument für die Herstellung neuer Handelsverträge ist — Rußland ist bekanntlich nur unter dem Drucke der japanischen Kanonen gegangen —, so fühlten sich die bürgerlichen Parteien wie die Regierung in sehr ungemütlicher Lage und ihre Gereiztheit entlud sich gegen die Sozialdemokratie. Diese sah ihre Stellung zu der Situation ganz klar vorgezeichnet.

„Wir Redner unserer Partei", sagt der Bericht, „haben, getreu unserer Ablehnungsnahme bei den Zolltarifkämpfen und während der Wahlbewegung keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir unter keinen Umständen für Handelsverträge zu haben sein würden, die eine Erhöhung der Lebensmittelzölle gegenüber den geltenden Zollsätzen des alten, durch die bestehenden Handelsverträge aufgehobenen Tarifs enthalten würden. Diese unsere Stellungnahme war bedingt durch die folgenden leitenden Gesichtspunkte: Aufgabe der Sozialdemokratie als Vertreterin der Arbeiterinteressen ist es, alle wirtschaftspolitischen Maßregeln zu bekämpfen, die geeignet sind, den Reallohn der Arbeiterschaft herabzudrücken. Der Reallohn der Arbeiterschaft wird aber herabgemindert durch die Schmälerung, welche die Kaufkraft des Geldlohnes durch künstliche Steigerung der Warenpreise, insbesondere der Preise der notwendigsten Lebensmittel erleidet. Diese Verringerung des Reallohnes kann auch unmittelbar gemacht werden durch Lohnerhöhungen, die seitens der gewerblichen Interessenten jedesmal den Arbeitern in Aussicht gestellt werden, sobald sie zur Erhöhung ihrer eigenen Profite eine Verteuerung der Schutzzölle fordern. Denn abgesehen davon, daß erfahrungsgemäß solche Lohnerhöhungen nur in sehr geringem Umfange oder gar nicht eintreten, erliegen für die Arbeiter der durch Schutzzölle begünstigten Betriebe, haben alle andern Arbeiter nur Nachteile davon. Denn regulieren sich aber das Niveau der Löhne nach der Gestaltung des Arbeitsmarktes. Nur die Kampffähigkeit der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen für Schutz und Trutz, nicht aber die durch Steigerung einzelner Unternehmerprofite sichert den Arbeitern Vorteile. Es ist deshalb eine ganz irreführende Behauptung, wenn versichert wird, daß die Arbeiter als „Produzenten" ein gemeinsames Interesse mit den Unternehmern an künstlichen Profitsteigerungen hätten. Für die Arbeiter fällt ihr Interesse als „Produzenten" mit dem als „Konsumenten" völlig zusammen. Die künstlichen Preissteigerungen kommen nur den Ausbeutern der Produktion zugute. Da die Arbeiter aber am schwersten zu leiden haben unter einer künstlichen Preissteigerung der unentbehrlichen Lebensmittel, nahm die Fraktion zur Frage der Handelsverträge die ihr durch das Arbeiterinteresse gebotene Stellung ein, daß sie erklärte, nur solchen Handelsverträgen ihre Zustimmung geben zu können, die mindestens keine Erhöhung der gegenwärtig gültigen Lebensmittelzölle nur Folge haben würden."

Von einer anderen Seite der Wirkung, die die ungelöste Handelsvertragsfrage ausübte, gibt der Bericht folgende Darstellung:

„Auch auf die Finanzpolitik des Reiches übte die Handelsvertragsfrage eine Rückwirkung aus. Außer ihrem Bemühen, den Wünschen der Agrarier möglichst entgegenzukommen, hat die Regierung auch ein fiskalisches Interesse an der Einführung des neuen Zolltarifs. Die Finanzwirtschaft hat zu einem chronischen Defizit geführt. Eine Einführung der neuen, fast durchweg erhöhten Zollsätze würde, wenn dieselben auch hier und da durch neue Verträge etwas gemildert werden sollten, doch zu erheblich höheren Zolleinnahmen führen. Die Regierung rechnet mit einem Netto-Mehrertrage von 150 Millionen Mark nach Einführung des neuen Zolltarifs. Damit eröffnet sich den Finanzkünstlern der Regierung die Aussicht, unter Zuhilfenahme neuer Verbrauchssteuern noch mehr Gelder für Heer und Marine flüssig zu machen. Dem Umstande, daß für dieses Etatsjahr mit erhöhten Zolleinnahmen noch nicht zu rechnen war, ist es zuzuschreiben, daß die Neuforderungen für Heer und Marine vertagt sind. Erst nächstes Jahr wird dem deutschen Volke diese Beschenkung zuteil werden, wenn es der Reichsregierung bis dahin gelungen sein sollte, die Zarenregierung durch weitere Liebesdienste polizeilichen Charakters oder durch indirekte Beihilfe in seiner ostasiatischen Bedrängnis für neue Handelsverträge günstig zu stimmen. Vorläufig hat also der Nichtabschluß von Handelsverträgen auch eine Anzahl anderer Fragen der Reichspolitik in der Schwebe gehalten."

Die Sozialdemokratie erhielt die Bestätigung ihres großen Erfolges vom Juni vorigen Jahres in der gesteigerten Feindseligkeit der Gegner. Darüber schreibt der Berichterstatter:

„Nicht minder als die Zolltariffrage übte der große Erfolg der Sozialdemokratie bei den vorjährigen allgemeinen Reichstagswahlen einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Verhandlungen aus. Kaum eine einzige Frage konnte angeschnitten werden, ohne daß nach kurzer Frist einer der Redner der bürgerlichen Parteien in eine allgemeine Sozialistenfresserrede entgleiste. Auch von den Vertretern der Reichsregierung wurde mehr noch als sonst die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie betont. Besonders beim Auftreten des Reichskanzlers Grafen Bülow hatte man den Eindruck, daß er beordert war, an der Sozialdemokratie herumzuvernichten, soweit ihm seine schönrednerischen Talente das gestatten. Gleichzeitig wurde aus den Reihen verschiedener bürgerlicher Parteien die Sehnsucht nach einer allgemeinen Verbrüderung zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie laut. Reaktionäre Kampfhähne vom Schlage der Kardorff und Arendt, der Kröcher, Oldenburg und Riepenhausen plauderten dabei sehnlichste Wünsche nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie, nach Wahlrechtsraub und Staatsstreich aus, wie sie ja unzweideutiger noch in der sozialistenreinen Atmosphäre des preußischen Herrenhauses den Lippen einiger hochgeborener Gesetzgeber entschlüpft sind. Daß solche Bestrebungen bei der Reichsregierung nicht ungern gesehen werden, haben die Mahnung des Reichskanzlers erkennen lassen, die bürgerlichen Parteien möchten unter sich einig werden über Maßregeln gegen die Sozialdemokratie, dann werde die Regierung es an sich nicht fehlen lassen.

Eine Art Abschlagszahlung auf diesen Koalitionskampf leistete sich die Reichstagsmehrheit durch die Kassierung zweier sozialdemokratischer Reichstagsmandate. Die Rechtfertigung für diese Gewaltstreiche schlug der bisherigen Praxis des Reichstages in Wahlprüfungsfragen direkt ins Gesicht, was sich nur als Produkt der blinden Angst vor der wachsenden Macht des Sozialismus erklären läßt. Auch darin trat unverkennbar eine Rückwirkung des sozialdemokratischen Wahlerfolges zutage, daß die bürgerlichen Parteien, voran das Zentrum, eine Fülle sozialreformerischer Anträge einbrachten, deren offenbarer Zweck ist, ihre Urheber als die „wahren Arbeiterfreunde" bei der deutschen Arbeiterschaft in empfehlende Erinnerung zu bringen und den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Heutzutage mehr als je zuvor bewahrheitet sich also das Wort des Grafen Caprivi, daß die Regierungen jede Maßregel auf ihre Wirkung auf die Sozialdemokratie prüfen. Nicht nur die Regierungen, auch die bürgerlichen Reichstagsparteien handeln nach diesem Grundsatz. War es doch sogar ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, der für seine Partei die Aufgabe in Anspruch nahm, die „Wacht am Roten Meere" zu bilden."

Der Bericht geht dann zu den Einzelheiten der Verhandlungen über, gibt die Zahlen des Reichshaushalts für 1904, charakterisiert die Stengelsche Finanzreform und geht dann zu einer eingehenden Schilderung der Etatberatungen über, bei der die Sozialdemokratie ihre Aufgabe als Anwalt der Arbeiterschaft und aller Bedrückten in eifriger Weise, in ausgiebigem Maße erfüllt hat. Unermüdlich haben unsere Redner die Finger in die Wunden unserer sozialen und staatlichen Ordnung gelegt, unablässig scharfe, unerbittliche Kritik geübt an den vielen Mißständen, die unser Volk beschweren und mit scharfer Klinge haben sie die fortwährenden Angriffe der bürgerlichen Parteien und der Regierungsvertreter zurückgeschlagen. Die Partei wird darin einig sein, daß in all diesen Kämpfen ihre Reichstagsabgeordneten ihren Mann gestanden, ihre Pflicht erfüllt haben und der Sozialdemokratie diejenige Stellung in der Volksvertretung gewahrt haben, die sie gemäß ihrer Stimmen- und Mandatszahl beanspruchen muß.

Zu Meinungsverschiedenheiten über die Haltung der Fraktion dürfte es wohl nur in bezug auf die Haltung zum Herero-Aufstand kommen. Der Bericht sagt darüber im Abschnitt Der Etat der Schutzgebiete:

„Das wichtigste Vorkommnis im Berichte der Kolonialverwaltung war der Aufstand der Hereros in Südwestafrika. Als am 18. Januar der Reichskanzler, am 19. Januar der Kolonialdirektor v. Stübel zuerst Mitteilungen über den Aufstand machten und die Geldforderungen zur Entsendung von Truppen begründeten, befanden sie sich offenbar im Zustande weltfremder Unkenntnis betreffs der Gründe, die zu dem Aufstande geführt haben. . . . Die Regierung schlug . . vor, zunächst ein Bataillon Marine-Infanterie zu entsenden und außerdem die Schutztruppe um 500 Mann zu verstärken. Zur Bestreitung der Kosten war ein Nachtragsetat für 1903 in der Höhe von 1 496 000 M. und ein Ergänzungsetat für 1904 in der Höhe von 1 825 200 M. vorgelegt.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß, bei der Abstimmung über diese Forderung sich der Stimme zu enthalten, da sie einem Rettungsversuche zum Schutze der Ansiedler, zu dem die Regierung verpflichtet war, nicht hindernd in den Weg treten wollte, aber auch nicht für die Expedition stimmen konnte, weil dieselbe über ihre Aufgabe als Hilfsexpedition hinaus zur Niederwerfung des Aufstandes benutzt werden würde, und weil darüber, inwieweit die Hereros zu ihrem Aufstande berechtigt waren, noch jede verläßliche Nachricht fehlte. Diese Stellungnahme ist nachher verschiedenerseits in der Partei bemängelt worden. Es erscheint daher angezeigt, auf diese Anfechtungen hier einzugehen.

Fortsetzung.] [Nachdruck verboten.]

Das schlafende Heer.

Roman
von
Clara Viebig.

Eisiglich verbesserte Doleschal: „Pardon, ich — selbstverständlich ich — ich weiß ja natürlich, daß — ich trete ja nur für das Fräulein ein — aber andere könnten —! Lieber Gott!" Er war auch aufgestanden und legte dem Erregten die blanke Hand mit dem Wappenring der Doleschals auf die Schulter: „Sie kennen doch die Welt so gut wie ich! Das Blut ist nicht rein genug. Und dann in unseren hiesigen Verhältnissen — wir müssen doppelt Bedacht nehmen — und der polnische Inspektor . . ."

„Erlauben Sie, der Mann ist nicht polnisch," unterbrach Pauline heftig, „der Mann heißt „Schulz"!"

„Aber polnisch geworden ist er! „Szulc" schreibt er sich — wie gestatten!" sagte Doleschal jetzt etwas scharf. Daß er jedes Rühren seiner Tochter übel vermerkte, war natürlich — wie man so gereizt werden konnte bei Erwähnung des Inspektors! Ueberhaupt, war es nicht unerhört, daß ein Gutsherr sich einen polnischen Inspektor hielt?! Das hatte ihn schon lange geärgert.

„Ich traue dem Menschen nicht," sagte er mit einem Male, „den Renegaten ist nie zu trauen!"

Da fing Kestner laut an zu lachen: „Das hat Ihnen Hoppe eingeblasen, der alte Esel! Nichts wie Eifersucht — Eifersucht, daß er nicht mehr hier in Przyborowo ist!" „Ich lasse mir von meinem Inspektor nichts einblasen. Somit hat er das auch nie versucht."

„So — na, wenn Sie mit ihm zufrieden sind! Ich wär an Ihrer Stelle diesen alten Stoppelhopser nicht gewesen. Sozialdemokrat ist er auch noch dazu — das verträgt sich nicht mit meiner Stellung!"

Doleschal stieg das Blut zu Kopf. Schärfer, als er es eigentlich wollte, sagte er: „Und ich finde es mit meiner Stellung nicht vereinbar, mir einen polnischen Inspektor zu halten! Uebrigens," — er besann sich, was sollte er mit dem hier disputieren? — „sind wir von unserem Thema abgekommen, Herr Kestner! Es war lediglich das Interesse für Pauls Schwester, das mich hierhergeführt hat!"

„Interesse, Interesse," grämelte Kestner und lief mit hochgezogenen Brauen in der Stube hin und her.

In diesem Augenblick kam die Frau des Hauses. Sie war noch im Morgenrock gewesen — sehr sauber — aber dem Baron so simpel entgegentreten? O nein! Sie hatte sich mit der Toilette beeilt, und so kam sie, etwas erhitzt, in einem schweren Wollenkleid mit Seidenbesatz.

Doleschal küßte ihr die Hand mit dem lebhaften Wunsch, bei der Mutter mehr Verständnis zu finden. Er wußte, Frau Kestner galt als sehr gute Mutter. Er war ihm so unbehaglich in diesem, nicht immer bewohnten, nur bei besonderen Gelegenheiten benutzten Salon. Ein erkältender Hauch legte sich von diesen Wänden nieder auf seine Seele. So steif war er kaum je gewesen, er fand keinen gemütlichen Ton. Konnte er sich wundern, daß die Kestners auch steif waren?

„Ein seltnes Vergnügen!" sagte die Hausfrau spitz, wenn sie auch verbindlich dabei lächelte.

„Er kommt wegen Kornelia," sagte Kestner. „Unsere Tochter soll sich nicht passend benommen haben!" Die ganze Verletztheit des eitlen Vaters brach jetzt durch — nichts auf der Welt liebte er so wie diese Tochter — er bekam einen roten Kopf, und die Stimme zitterte ihm: „Man sagt dem Kinde Abscheuliches nach! Man verdächtigt sie — womöglich eine Liebschaft mit dem Inspektor — Herrgott, Herrgott!" Er faßte sich an den Kopf.

„Aber ich muß doch sehr bitten, bester Herr Kestner! Nichts habe ich hiervon gesagt, gnädige Frau, gar nichts, ich versichere Sie!"

Der bestürzte Besucher erhob die Stimme, aber der Hausherr erhob die seine dagegen. Nein, auf seine Kornelia ließ er nichts sagen! Und wenn es etwa galt, auf Pan Szulc zu hetzen, der ja, verhaßt wie alles Polnische, — allbekannt war das und diente wahrlich nicht zur Förderung des allgemeinen Interesses — dem Herrn Baron ein Dorn im Auge war, so mußte er sich's doch ganz entschieden verbitten, seine Tochter als Deckmantel einer Intrigue benutzt zu sehen!

Diesen Ton konnte er sich nicht gefallen lassen. Doleschal verabschiedete sich mit einer steifen Verbeugung gegen die Frau des Hauses.

Sie hielt ihn nicht zurück. Auch sie war empört. In die Stille ihres Hauses hatte dieser adelsstolze Prinzipienreiter einen Funken zu werfen gewagt wie überall, wohin er auch kam. Was hatte er denn eigentlich gesagt? Was war denn eigentlich geschehen?!

Aber Kestner rannte wie unsinnig durch die Stube, gab ihr keine Antwort und hielt sich den Kopf mit beiden Händen: dieser Doleschal, dieser verfluchte Hakatist — ein Hetzer, ein Stänker! Was mischte er sich in alles, in Sachen, die ihn gar nichts angingen?!

„Rufe mir den Inspektor — den Pan Szulc — sofort!" Was Kestner sonst nie getan haben würde, er bestimmte, daß man den Inspektor hole, vom Felde, aus der Scheune, wo er auch sei, mitten von der Arbeit weg. Er mußte ihn sprechen. Und dann würde er an Paul schreiben — Paul mußte her, und zwar sofort — das ließ er sich nicht gefallen, das war eine Beleidigung, eine ungeheure Beleidigung!

Der sonst ewig grämelnde, nie ganz ernsthaft zu nehmende Mann wuchs jetzt in der Kränkung über die Kränkung seiner Tochter über sich selbst hinaus. Es war Würde in dem Brief, den er sofort an seinen ältesten Sohn schrieb. —

Ungeleitet war Doleschal zur Haustür hinausgegangen. Ganz benommen, wie betäubt. Also das war der Erfolg?! Er kam sich vor wie ein dummer Schuljunge. Hatte er denn noch immer nicht ausgelernt? Wie anders hatte er sich sein Herausgehen aus diesem Hause gedacht! Er hatte geglaubt, Kestner würde ihm die Hand drücken, und er hatte gehofft, durch diesen wirklichen Freundschaftsdienst wieder gut zu machen, was er einmal in unbedachter Gereiztheit dem alten Herrn Unliebenswürdiges angetan. Gehofft — gehofft —! Er lachte bitter. Wieder einmal auf Unmögliches gehofft. Wa-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416950779-19040820/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG